

Hilda Sabato

## Demokratie in Agonie?\*

Im Dezember 1983 leitete Argentinien im Anschluss an die brutalste Militärdiktatur seiner Geschichte den Übergang zur repräsentativen Demokratie ein. Achtzehn Jahre später, im Dezember 2001, erreichte diese Demokratie ihren Tiefpunkt, und obwohl die Institutionen sich mit Mühe noch zu behaupten vermochten, war das eigentliche Fundament ihrer Rechtskraft inzwischen zerstört. Heute ist das Prinzip der politischen Repräsentation infrage gestellt und die Politiker unterschiedlicher Couleur, die es verkörpern, werden tagtäglich von der Öffentlichkeit beschimpft.

Die Krise der repräsentativen Demokratie ist nicht auf Argentinien beschränkt und viele haben in diesen Tagen – und dies zu Recht – versucht, unsere dramatische politische Gegenwart in Beziehung zum allgemeinen Rahmen zu setzen, der die gesamte westliche Welt und ihre Umgebung kennzeichnet. Aus dieser Warte sind die mannigfaltigen und relativ originellen Versammlungs- und Protestformen der verschiedenen Gruppen im ganzen Lande als gesunde Reaktionen einer kraftstrotzenden Zivilgesellschaft gedeutet worden, die sich selbständig zu organisieren in der Lage und zur unmittelbaren Teilnahme am öffentlichen Raum entschlossen ist und dadurch bewirkt, dass korrupte Vermittler ausgeschaltet werden. Auf diese Weise, so vermutet man, sei es möglich, eine neue Form politischen Lebens zu artikulieren, die nun tatsächlich durch und durch demokratisch sei.

Dennoch fürchte ich, dass das Problem unserer repräsentativen Demokratie sich ziemlich von jenem der Länder des Zentrums unterscheidet, auch wenn es einige Gemeinsamkeiten mit ihnen aufweisen mag. In unserem Fall lässt sich die Krise der Repräsentation nicht von den anderen Dimensionen des argentinischen Debakels trennen: der Zerstörung des Staates, dem Auseinanderfallen der Nation, dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft und dem vollständigen Fehlen internationaler Autonomie. Man mag wohl einräumen, dass manche dieser Prozesse – freilich in einer leichter verdaulichen Version – ihre Entsprechung in bestimmten europäischen Ländern haben, aber in keinem dieser Fälle treten sie in einer uns vergleichbaren Zusammenstellung und Häufung auf. Es handelt sich daher nicht nur um ein allgemeines Prob-

---

\* Zuerst erschienen in *Punto de Vista* 72 (2002), S. 41-48.

lem unserer Zeit, sondern um eine politische Krise von noch nie erlebtem Umfang in der Geschichte unseres Landes.

### 1. Ein geschichtlicher Exkurs

Kehren wir zu den Ursprüngen zurück. Die unseren Demokratien eigenen Formen politischer Repräsentation entstanden in engem Zusammenhang mit der Gründung moderner Nationalstaaten. Mag auch das Konzept der Demokratie in die klassische Antike zurückzuverfolgen sein, so ist die heute gängige Vorstellung von Repräsentation kaum mehr als 200 Jahre alt. Ihre theoretische Entwicklungsgeschichte ist zwar komplex, ihre Verbreitung in der Praxis jedoch eng verbunden mit dem Aufkommen eines neuen Modells politischer Gemeinschaft – der Nation – und der Erhebung der Volksherrschaft zur Machtgrundlage. Dieses Modell, das dem Wesen nach als liberal bezeichnet wird – wenn auch seine Ursprünge nicht ausschließlich auf den klassischen Liberalismus zurückzuführen sind –, stand bei der Gründung Argentiniens selbst Pate, einem Land, das in der Verfassung von 1853 als “Repräsentative Republik” definiert wurde. Man gründete also eine neue politische Gemeinschaft, eine Nation, die in der Souveränität des Volkes verankert war.

In diesem wie auch in vielen anderen Fällen waren Nation und Repräsentation von Anfang an normativ miteinander verquickt. Den vom Volk Gewählten oblag die Aufgabe, den Willen der Nation zu vertreten und diesen zugleich zu erzeugen. Dieses einfache Prinzip stützte sich allerdings auf eine höchst problematische Annahme, nämlich die, dass die Nation (das Volk) tatsächlich vertreten werden könne. Es legte in die Hände der Gewählten die Aufgabe, diesem Willen Gestalt zu verleihen, gleichgültig, ob dieser als unteilbar oder als Ergebnis einer Summe partikulärer Willensäußerungen verstanden würde. Diese Verwalter der Volkssouveränität waren allerdings bei der Ausübung der Regierungsgewalt nicht der anschließenden Kontrolle entbunden: Diese Rolle fiel der ‘öffentlichen Meinung’ zu, welche durch die Stimme des Volkes, sei es im Singular oder im Plural, zum Ausdruck gebracht wurde. Die Figuren ‘Öffentlichkeit’ und ‘öffentliche Meinung’ sowie die darauf aufbauenden Formen der Partizipation waren daher konzeptuell und historisch mit der Entstehung der Volkssouveränität und der repräsentativen Republik verknüpft. Diese verbanden sich ihrerseits mit der Herausbildung einer politischen Sphäre, die relativ unabhängig von der sozialen Dimension existierte, sowie mit der Entwicklung eines Staates, der auf die eine oder andere Weise, beherrscht einmal von der einen, einmal von der anderen

Gruppe, das kollektive bzw. nationale Interesse zu verkörpern behauptete. Unter diesen Voraussetzungen und angesichts einer Zivilgesellschaft, in der verschiedene Klassen, Gruppen und Sektoren sich organisierten und ihr Handeln darauf abstellten, partikulare Interessen zu verfolgen, Druck auf Regierungen und andere Gruppen zu erzeugen und die Ausübung der Autorität in ihre Gewalt zu bekommen, fiel der politischen Sphäre die Aufgabe zu, Alternativen für die Gesamtheit, für die Nation auszuarbeiten und vorzuschlagen.

Im Laufe der verschlungenen argentinischen Geschichte wurden diese Prinzipien und Institutionen immer wieder verteidigt, übergangen, verletzt, den Zeitumständen angepasst und modifiziert, und dies sowohl von oben als auch von unten. Die Kämpfe für die Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens ebneten wichtigen Veränderungen in dieser Richtung den Weg, wenn sie auch häufig durch Regime unterbrochen wurden, die auf Privilegien und Gewalt gegründet waren. Es gab Zeiten, in denen die Nation sich derartig spaltete, dass es schwierig schien, an eine gemeinsame Zukunft zu denken. Es kamen auch Zeiten, in denen der Staat sich nur mittels Zwang durchsetzte, wiederum solche, in denen Staat und Gesellschaft durch den Zusammenstoß konträrer sozialer Projekte gelähmt waren. Aber noch nie waren Staat und Nation der Auflösung, dem glatten Verschwinden so nahe wie jetzt. Und dies nach achtzehn Jahren repräsentativer Demokratie...

Wie sind wir in diese Grenzsituation geraten? Wo sind die Erwartungen, Projekte und Illusionen für eine politische Neubegründung der Demokratie geblieben, die die Gesellschaft 1983 zu entfalten begonnen hatte? Man könnte argumentieren – wie es manche auch tun – dass die Illusionen leer und die Folgeentwicklungen unvermeidbar waren, wenn man diese von der Ausgangswarte her und mit Rücksicht auf die strukturellen Voraussetzungen betrachtet. Tatsächlich kann der Ursprung der jüngsten Geschichte der Zerstörung des produktiven Apparates, der endemischen Verschuldung, des Zerreißens des sozialen Netzes und der Schwächung des Staates weiter zurückverfolgt werden, besonders bis in die Jahre der letzten Diktatur. Dennoch haben diese Prozesse während der Zeit des Übergangs zur Demokratie und ihrer Bekräftigung an Schärfe zugenommen und sind offen zutage getreten, weswegen es schwierig ist, die Frage nach den Zusammenhängen zwischen jenen Prozessen und dieser Demokratie zu umgehen.

Ebenso hat es sehr starke Bedingtheiten struktureller Art gegeben. Tulio Halperín Donghi zeigt deutlich, dass die Ankunft der Demokratie mit der letzten Etappe der "langen Agonie des peronistischen Argentinien" (Halpe-

rín Donghi 1994) zusammenfiel. Die Nachkriegsgesellschaft war seit langem in der Auflösung begriffen und ihr Ende daher absehbar. Ebenso war es vorauszusehen, dass Argentinien sich schließlich irgendwann an die Welt des globalen Kapitalismus und seiner vorherrschenden Modelle anpassen würde. Aber wie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Ergebnissen? Zusammenfassend drängt sich angesichts der strukturellen Voraussetzungen die Frage auf: War es unausweichlich, dieses Maß an Zerstörung zu erreichen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, ist es notwendig, die politische Dimension mit zu berücksichtigen, nicht etwa weil ich glaubte, dass sich alles aus der bestehenden Repräsentationskrise heraus erklären ließe oder in der nicht zu leugnenden politischen Korruption begründet wäre, sondern weil ich der Auffassung bin, dass die politische Sphäre der Ort ist, wo Projekte und Entscheidungen geschaffen, geschmiedet, verhandelt und verarbeitet bzw. nicht verarbeitet werden, durch die die Nation als Ganzes in der Gegenwart und Zukunft beeinflusst wird. Ich beabsichtige daher, die jüngste Vergangenheit Argentiniens in Augenschein zu nehmen und die zwischen 1983 und 2001 amtierenden Regierungen unter den Gesichtspunkten zu untersuchen, in welcher Form die bestimmenden politischen Kräfte gewirkt und zur gegenwärtigen Krise beigetragen sowie auf welche Weise die Entscheidungen und Handlungen dieser Regierungen uns in die Krise gestoßen haben. Es handelt sich um eine subjektive und selektive Darstellung, die die Frage nach der politischen Dimension dieser Krise nicht erschöpfend beantwortet und nur eine der vielen Facetten einer weiterreichenden Frage, die mich beschäftigt, aufwirft: Inwiefern hat die real existierende Demokratie zu ihrer eigenen Agonie beigetragen?

## 2. Illusionen I

Am 30. Oktober 1983 fanden die Präsidentschaftswahlen statt, die das Ende einer über sieben Jahre langen Militärdiktatur besiegelten. Raúl Alfonsín erhielt 51,8% der Stimmen, wohingegen der Peronismus zum ersten Mal in der Geschichte eine Wahlniederlage hinnehmen musste. Alfonsín hatte sich geschickt in die allgemein herrschende Stimmung eingefühlt, die mit dem Untergang des Militärregimes aufgekommen war. Das zentrale Thema seines Diskurses und die Vorstellung, auf der die kollektiven Hoffnungen ruhten, war die Demokratie. Nach langen Jahrzehnten der Gleichgültigkeit, ja sogar Feindseligkeit und Geringschätzung gegenüber dem institutionellen Rahmen der Republik entdeckten die Argentinier in ihm und in der Forderung der

politischen Ethik, des Bürgersinns und des Pluralismus eine programmatische, verbindende Devise, die den Ausstieg aus der Diktatur erleichterte. Es war eine Formel, die eine radikale Kritik am Regime enthielt und gleichzeitig einen alternativen Weg anbot, dessen grundlegende Bestandteile in der eigenen argentinischen Vergangenheit, seiner Verfassung und seinen Institutionen bereits angelegt waren.

Der Diskurs Alfonsíns stellte die Politik und die Demokratie als notwendige Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Wandel (mit dem man, wie er zu sagen pflegte, „isst, heilt und erzieht“) in den Vordergrund. Die Errungenschaften, die dieser Wandel hervorbringen sollte, blieben allerdings unbestimmt. Die Diagnose der argentinischen Übel konzentrierte sich mehr auf die Ebene der politischen Kultur als auf andere soziale Dimensionen. Die strukturellen Probleme hingegen erhielten anfangs überhaupt keine Aufmerksamkeit.

Trotz der strukturellen Veränderungen, die die argentinische Gesellschaft und Wirtschaft der siebziger Jahre erlitten hatte, glaubten wenige, die Situation sei nicht umkehrbar. Vielmehr konnten einige dieser Probleme auf die willkürlichen Praktiken der Militärdiktatur und auf die Korruption, die den Staatsapparat auf allen Ebenen ausgehöhlt hatten, zurückgeführt werden. Die politischen Akteure wiederum schienen die gleichen geblieben zu sein. Auch wenn es nicht schwer wäre, Veränderungen bei jedem einzelnen der Protagonisten – Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, der Kirche, den Militärs, den beiden großen Parteien – aufzuzeigen, so kann gewiss rückblickend das Szenario der Mitte der achtziger Jahre als eine Fortsetzung der vorangegangenen Jahrzehnte interpretiert werden. Auf der sozialen Ebene kann man Ähnliches beobachten: Noch konnte Argentinien eine fast vollbeschäftigte Wirtschaft vorweisen, in der trotz der Zunahme der Armut niemand die gegenwärtige soziale Hekatombe voraussehen konnte.

In diesem Rahmen handelte auch die Regierung so ‘wie früher’. Sie versuchte die Wirtschaft in Gang zu bringen, indem sie auf alte Rezepte zurückgriff, als ginge es lediglich darum, die Variablen wieder auf einen fortschrittlichen Kurs einzustellen, genau so, wie man es auch bis dahin getan hatte. Die sozialen Akteure reagierten ähnlich wie früher, insofern, als sie ihre korporativen Interessen verteidigten. Allerdings hatten sich die strukturellen Voraussetzungen geändert, und geändert hatte sich auch die Welt. Die Auslandsschuld wuchs von selbst, das Haushaltsdefizit nahm zu und die Inflation ging nicht zurück. Die Einführung eines Stabilisierungsplans im Jahr 1985 (“Plan Austral”) führte zu vorübergehender Beruhigung, lieferte

aber keine dauerhafte Lösung für die grundlegenden Probleme der argentinischen Wirtschaft.

Laut der attraktiven Hypothese von Halperín Donghi waren diese Probleme Bestandteil einer allgemeineren sozialen Ordnung, die aus der peronistischen Revolution hervorgegangen und die zwar zum Untergang verurteilt war, sich aber zu sterben weigerte. Gefangen in einer Zwickmühle zwischen einer Wirtschaft, die nicht funktionierte, und einer durch den Konflikt zwischen Gruppen, die ihre jeweilige Position zu wahren suchten, gelähmten Gesellschaft, unterhöhlte eine galoppierende Inflation schließlich das wenige an Macht, das der Regierung geblieben war. Nur aufgrund der traumatischen Erfahrung der Hyperinflation im Jahre 1989 gab die argentinische Gesellschaft ihren Widerstand gegen die Umwandlung der alten Ordnung auf und schwenkte auf den Kurs einer neuen peronistischen Revolution ein, die jetzt im Zeichen des Neoliberalismus vom neuen Präsidenten Dr. Carlos Menem angeführt wurde.

### 3. Frustrationen I

Dennoch frage ich mich, ob es unweigerlich so kommen musste. Es geht mir nicht etwa um eine Übung in kontrafaktischer Geschichtsschreibung oder darum, im Rückblick von einem Argentinien ohne Menem zu träumen. Mich interessiert vielmehr die Frage, wie bestimmend die strukturellen Voraussetzungen und wie unausweichlich ihre Folgen waren. Mit anderen Worten zielt die Frage auf die Rolle der politischen Instanz und insbesondere auf die Art und Weise, in der der Übergang zur Demokratie vollzogen wurde.

In einem Gebiet setzte sich die Regierung Alfonsín ein für die Nation grundlegend neues Ziel, nämlich im Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Wenn auch der anfängliche Diskurs um das Thema der Wiederherstellung der Institutionen und der Zivilkultur kreiste, war es dem neuen Verständnis entsprechend alsbald nötig, als im wahrsten Sinne des Wortes neues Element das Thema Menschenrechte aufzunehmen. Dieses Element war im Allgemeinen kein politisches Anliegen der Argentinier. Wenn auch seine Einführung in die nationale Debatte in erster Linie den Aktionen der Menschenrechtsorganisationen zu verdanken war, stand seine politisch weiterreichende Bedeutung in den Folgejahren im Zusammenhang mit dem Gebaren der 1983 eingesetzten Regierung, insbesondere mit dem Prozess gegen die Militärjuntas.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Gómez (1989) und Sabato (1994).

In diesem Bereich bot also das Regierungsprogramm eine wichtige Neuerung, die dem ebenfalls neuen kollektiven Willen entsprach, den Autoritarismus zu bekämpfen und sich für die Schaffung eines freiheitlichen und pluralistischen Rechtsstaates einzusetzen. Auf dieser Grundlage gelang es, Unterstützung zu mobilisieren, die zwar alles andere als allgemein war, sich aber in einer breiten Zustimmung ausdrückte, durch die die Wahlerfolge von 1985 gespeist wurden. Es gelang jedoch nicht, diesen Konsens in ein dauerhaftes politisches Kapital umzumünzen, das es der Regierung ermöglicht hätte, die für dieses anfängliche Programm nötigen Reformen oder jene, die zur Vermeidung des späteren Zusammenbruchs beigetragen hätten, durchzuführen.

Romero bezeichnet die Demokratie dieser Jahre als "einfältige Demokratie", da man einerseits den Konsens hinsichtlich der Wiederherstellung der Institutionen hoch bewertete, es aber andererseits vermied, "die Erörterung von Programmen und Optionen, die notwendigerweise Konflikte, Gewinner und Verlierer nach sich ziehen [...]", in Angriff zu nehmen (Romero 1994: 331). Zwar überzeugt mich das von Romero verwendete Adjektiv nicht, aber ich glaube, dass seine Analyse einen grundlegenden Aspekt der Regierung Alfonsín aufgreift: die Schwierigkeit, Konflikte zu definieren, anzugehen und zu lösen.

Wie ich bereits erwähnt habe, waren die Akteure, die sich am politischen Szenario anfangs beteiligten, alte Bekannte. Während des Wahlkampfes hatte Alfonsín den Pakt zwischen Militärs und Gewerkschaften angeprangert und damit großen Erfolg in der öffentlichen Meinung erzielt. Der tatsächliche Kampf gegen die beiden korporativen Akteure sollte sich allerdings als um einiges schwieriger erweisen. Es war Alfonsín nicht möglich, die Gewerkschaftsreform durchzusetzen. Mit den Militärs kam es tatsächlich in einer ersten Phase zur Konfrontation. Wenige Tage nach der Amtsübernahme verordnete Alfonsín die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen die Mitglieder der ersten drei Militärjuntas, das in dem Prozess gegen die Juntas gipfelte. Als sich aber die Anträge auf Anklageerhebung auf alle Verantwortlichen für die von der Diktatur begangenen Verbrechen ausweiteten, lehnten sich die Militärs 1987 auf und verlangten nach einer "politischen Lösung". Das Szenario jener Osterwoche war paradigmatisch: Die Zivilgesellschaft unterstützte (fast) vollständig die Regierung und füllte zu Hunderttausenden mit Mobilisierungen die Straßen, um ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, während die Militärs von den Kasernen aus Druck für ihre Sache machten. In Erwiderung auf die wachsende Spannung ließ der



Präsident sich auf Verhandlungen mit den Rebellen ein, veranlasste die Demobilisierung der Bevölkerung und verpflichtete sich, die sich anbahnende Prozesslawine zu verhindern (wenn darin auch nicht die Begnadigung der bereits Verurteilten mit inbegriffen war). Die Auswirkungen dieser Entscheidung waren verhängnisvoll für die Popularität Alfonsíns und enthüllten die Unfähigkeit (oder mangelnde Bereitschaft) der Regierung, den Rückhalt, den sie in der Bevölkerung genoss, in politisches Kapital umzuwandeln, als es galt, gegen angestammte Machtgruppen vorzugehen.

Alfonsín war von keiner dieser Machtgruppen als Kandidat besonders geschätzt worden, wodurch die Regierung von Anfang an in einer schwachen Position war, was sie durch Berufung auf die Bürgerschaft auszugleichen suchte. Viele schlossen sich der Unión Cívica Radical (und auch anderen Parteien) an und es entstanden große Mobilisierungen. Aber dieses Engagement führte nicht zur Organisation effektiverer Formen der politischen Partizipation, ebenso wenig trug es zur Demokratisierung der Funktionsweise der UCR als Partei und im Parlament bei. Alfonsín versuchte, die Partei von oben herab zu kontrollieren, um weitere Konfliktfronten zu vermeiden, und lähmte sie letztlich dadurch vollständig. Er wollte eine "dritte historische Bewegung" in Gang bringen, die den Grundsätzen des demokratischen Pluralismus widersprach, das alte Gespenst politischer Einhelligkeit wieder heraufbeschwor und die Bevölkerung mit folgenlosen Mobilisierungen an den Rand der Erschöpfung brachte.

Dieser politische Stil prägte entscheidend die Wirtschaftspolitik. Hatten viele beim Amtsantritt Alfonsíns geglaubt, es würde ausreichen, auf alte desarrollistische Rezepte zurückzugreifen, um vorwärts zu kommen, so war zwei Jahre später klar, dass dies nicht der Fall war. 1985 war die Diagnose der strukturellen Übel zumindest für diejenigen kein Geheimnis mehr, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, worauf die Regierung als erste Antwort den "Plan Austral" ins Leben rief. Der Plan, der aus einer selbständigen Initiative des Staates hervorgegangen war, strebte die Stabilisierung durch eine Währungsreform und das Einfrieren von Preisen und Löhnen an, wobei Beschäftigung und Wachstum in gleichem Umfang erhalten bleiben sollten. Indem man eine 'Verteilungsneutralität' aufrechterhielt, die es erlaubte, die Option 'Gewinner oder Verlierer' zu umgehen und erneut zu versuchen, Konflikte zu vermeiden, trachtete man danach, die Trägheitsinflation aufzuhalten, ohne die partikularen Interessen irgendeines Sektors zu beeinträchtigen.



Die Maßnahmen hatten zunächst sehr positive Folgen, die allerdings nur von kurzer Dauer waren, da Analysen zufolge die Gründe der Inflation nicht beseitigt wurden und alsbald ihre Folgen zeitigten. Der Verteilungskampf war angelegt. Dennoch ergriff der Staat keine grundlegenden Maßnahmen, die an strukturellen Fragen angesetzt hätten. Er rief höchstens zu "Flexibilisierungen" des "Plan Austral" auf, die der gleichen konfrontationsfeindlichen Logik folgten. 1987 wurde schließlich in einem Kontext der wirtschaftlichen Krise und politischen Schwäche ein Reformplan lanciert. Da sie nicht auf eine eigene konsolidierte Basis zählen konnte, suchte die Regierung nun die Unterstützung einflussreicher Unternehmenssektoren. Dafür war sie dazu gezwungen, ihre Politik den unmittelbaren Interessen dieser Sektoren unterzuordnen. So kam es, dass die Senkung der Haushaltsausgaben durch Staatsabbau zum vorrangigen Ziel erhoben wurde, statt den Staat zu modernisieren und zu stärken. Auf diese Weise gab es die Regierung auf, sich mit den notwendigen Instrumenten auszustatten, um die geplanten Veränderungen zu steuern und zu überwachen. Als der soziale Konflikt sich inmitten der galoppierenden Inflation verschärfte, kam es zur Unregierbarkeit. Dies führte zur vorzeitigen Machtübergabe.

Warum nutzte die Regierung ihr politisches Kapital, das sie 1985 angehäuft zu haben schien, nicht dazu aus, die Wirtschaftsreformen selbst in die Hand zu nehmen? Wäre es etwa möglich gewesen, die Reformen auf einer anderen Grundlage und mit anderen Merkmalen in Angriff zu nehmen, als es schließlich tatsächlich geschah? So vorzugehen, hätte in jedem Fall eine politische Strategie der Konfrontation bedeutet, die nicht auf Alfonsíns Tagesordnung stand.<sup>2</sup> Adolfo Canitrot hat behauptet, die Regierung hätte vorrangig den Wiederaufbau der argentinischen Demokratie im Auge gehabt und gemäß Alfonsíns Auffassung von Demokratie habe sie zur Erreichung dieses Zieles "die Zusammenarbeit Aller gewährleisten müssen". Dazu war es nötig, die Konflikte so klein wie möglich zu halten. Eine grundlegende Staatsreform war mit diesem Ziel unvereinbar, dass diese nicht angegangen wurde, war aber auch der Grund für das politische Scheitern.

So endete die erste Regierung der Übergangsphase zur Demokratie inmitten einer Autoritätskrise, die besonders offen in der Hyperinflation, dem Schwinden der Staatsmacht und der Stärkung bestehender Machtgruppen zum Ausdruck kam. Paradoxerweise schuf genau jener Präsident, der sein gesamtes Programm auf die Konstruktion einer pluralistischen und solidari-

---

<sup>2</sup> Siehe Palermo (1990) und Canitrot (1991).

schen Demokratie abgestellt hatte, die Voraussetzungen, die seinen Nachfolger dazu in die Lage versetzten, Mechanismen sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung in noch nie da gewesener Form in Gang zu setzen.

#### 4. Illusionen II

Der Aufstieg von Dr. Carlos Saúl Menem zum Präsidenten der Republik im Jahre 1989 kennzeichnete den Beginn der, wie sich bald herausstellen würde, zweiten Illusion: den irr tümlichen Glauben an eine wirtschaftliche Modernisierung, die es erlauben würde, die Krise zu überwinden und den Einstieg in die Erste Welt zu schaffen. Menem hatte die Wahlen dank eines Programms im alten Stil gewonnen, das unter anderem deutliche Lohnerhöhungen versprach. Zudem konnte er auf die Kraft einer erneuerten und durch die Opposition gegen Alfonsín gestärkten Justizialistischen Partei bauen. Nachdem er erst einmal an der Macht war, orientierte er sich allerdings sehr schnell in eine andere Richtung.

Dieser zweite Peronismus stellte sich die Aufgabe, eine andere Gesellschaft aufzubauen. Dafür nahm sich die Regierung vor, das zu tun, was Menem "einen großen chirurgischen Eingriff ohne Betäubung" nannte. Dies bedeutete die Durchsetzung struktureller Reformen innerhalb der Bahnen, die der Neoliberalismus festlegte: Öffnung und Deregulierung der Wirtschaft, Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, drastische Verringerung der Staatsausgaben durch Verkleinerung des Verwaltungsapparates, Rückgang der öffentlichen Leistungen, Privatisierung aller bisher staatlichen Unternehmen und eine restriktive Geldpolitik. Die Maßnahmen gipfelten im 1991 verabschiedeten Konvertibilitätsgesetz, das die Parität des Peso mit dem Dollar festlegte und den Staat dazu verpflichtete, kein Geld ohne entsprechende Reserven in Umlauf zu bringen. Der eingeschlagene Weg wurde als der einzig mögliche dargestellt, als die technische Lösung für Probleme, auf die es nur eine Antwort gab, nämlich die der von Domingo Cavallo emblematisch angeführten Wirtschaftsexperten der Regierung.

Nach zwei Regierungsjahren waren viele Leute von den Erfolgen dieses Maßnahmenkatalogs begeistert. Die Stabilisierung der Währung und der Rückgang der Inflationsrate, die Öffnung der Wirtschaft und ihr Wachstum, begleitet von einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote und der Zunahme des Konsums sowie die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen waren handfeste Daten, auf denen die neue argentinische Illusion einer Modernisierung ohne sichtbare Kosten errichtet wurde. Mit einem Stil, der dem Alfonsíns entgegengesetzt war, hatte der Präsident sich für einen Dezisionis-

mus entschieden, der ziemlich lange auf allgemeine Unterstützung stieß. Menem, so glaubten viele, "tat was", übte seine Autorität aus, kurz, er "regierte", und nur wenige kümmerte die Schwächung der republikanischen Institutionalität.

Von Anfang an hatte die Regierung enge Beziehungen zu den mächtigsten Sektoren Argentiniens unterhalten und sich gleichzeitig bedingungslos nach den USA ausgerichtet. Die wirtschaftlichen Maßnahmen stellten die großen Wirtschafts- und Finanzgruppen zufrieden, die zudem die vorrangigen Nutznießer dieser Maßnahmen waren. Zugleich standen die Militärs, die Gewerkschaften und sogar die Kirche, die keinen Hehl aus ihrer Präferenz für Menem gegenüber Alfonsín gemacht hatten, fest auf der Seite der Regierung. Dennoch verloren alte korporative Akteure wie die Gewerkschaften und die Militärs im neuen Argentinien nach und nach an Stärke, sowohl infolge struktureller Ursachen als auch auf Grund der spezifischen politischen Strategien, die zu ihrer Schwächung beitragen sollten.

Die Veränderungen im Unternehmenssektor waren komplexer. Obwohl die Regierung keinen Hehl aus ihrer Affinität zu den mächtigsten Gruppen in diesem Sektor machte, erzielte sie zunächst die Unterstützung größerer Kreise, die sich für ihr Programm begeisterten. Es schien der Augenblick gekommen, in dem das Kapital wieder den im Laufe der Zeit an die Arbeit verlorenen Boden zurückgewinnen würde. Auch schien die Zeit reif für die Ablehnung des Staates, von dem viele Unternehmer in ihren Geschäften abhängig gewesen waren, der aber der Konzentration irgendwie gewisse Grenzen gesetzt hatte. Der Staat zog sich aus seinen angestammten Handlungsräumen zurück, die er bis dahin mit wachsenden Schwierigkeiten und Schwächen ausgefüllt hatte.

Die Illusion, die, wie bereits erwähnt, von der überwiegenden Mehrheit der Argentinier geteilt wurde, währte nur kurz. Sie hielt immerhin bis 1994 an und war getragen von dem Glauben an den Markt und an die guten Ergebnisse, die sie vielen zu bieten schien. Diese Stimmung nährte die Ambitionen Menems. Warum sollte er angesichts seiner Popularität und Erfolge nicht eine Ausdehnung seiner Amtsperiode über die von der Verfassung festgelegte Höchstgrenze von sechs Jahren hinaus anstreben? So begann die Diskussion über eine Verfassungsreform, die die Wiederwahl ermöglichen sollte. Hierzu konnte der Präsident auf die unerwartete Unterstützung Raúl Alfonsíns zählen, der die Hoffnung aufgegeben hatte, die Reform im Parlament verhindern zu können und sich stattdessen entschloss, sie voranzutreiben und seinen Einfluss in einem geheimen Abkommen zur Geltung zu brin-

gen. Das im November 1993 unterzeichnete und als Pakt von Olivos bezeichnete Abkommen weckte die Begeisterung einiger und die heftige Kritik vieler aufgrund seines Inhalts wie auch wegen seines geheimen Charakters, denn die Unterzeichnung ging hinter dem Rücken der Parteien, der Institutionen und der öffentlichen Meinung vonstatten. Unter den Kritikern schälte sich immer deutlicher eine neue politische Kraft heraus, der so genannte *Frente Grande*, mit einem ausgeprägten Oppositionsprofil ausgestattet, der Überläufer vom Peronismus, Mitglieder und Führer der sozialistischen Bewegung und der gemäßigten Linken zusammenführte und sich ab den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung von 1994 in die dritte Kraft auf einer politischen Bühne verwandelte, die traditionell durch ein Zweiparteiensystem gekennzeichnet gewesen war.

In demselben Jahr 1994 wurde auch die Macht Menems offen bestätigt und man bevollmächtigte ihn, sich für ein zweites Mandat, diesmal für vier Jahre, zu bewerben. Gleichzeitig verkomplizierte sich das politische Panorama, eine Situation, in die bald auch die Wirtschaft geraten sollte. Es begannen die Kosten der Reform sichtbar zu werden. Die Schwäche der argentinischen Wirtschaft wurde nach und nach in ihrem ganzen Umfang erkennbar. Als der internationale Finanzmarkt Anfang 1995 infolge der mexikanischen Krise in Unruhe und der Zufluss ausländischen Kapitals ins Stocken geriet, ließ das Echo auf nationaler Ebene nicht lange auf sich warten: Haushaltskrise, Zunahme der Schulden und ein auffälliges Wachstum der Arbeitslosigkeit waren die Folge. Zwar wuchs das Bruttosozialprodukt weiterhin und die Inflationsrate blieb sehr gering, aber der Finanzhaushalt geriet in Schwierigkeiten und die soziale Lage verschlimmerte sich. Die Regierung reagierte mit weiteren Ausgabenkürzungen, Privatisierungen und der Erhöhung indirekter Steuern. Der vorübergehende Erfolg dieser Maßnahmen reichte aus, um die Wiederwahl Menems zu sichern, der fast 50% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 erhielt.

In den folgenden Jahren wurde die Verwundbarkeit jedoch immer größer. Die Schulden nahmen zu und mit ihnen die Anforderungen der Kreditgeber an die staatliche Haushaltsführung. Nachfolgende Anpassungsmaßnahmen stießen auf den Widerstand der unterschiedlichen betroffenen Sektoren und erschöpften in ewigem Gerangel die politische Handlungsfähigkeit der Regierung. Die neue und noch gravierendere Finanzkrise von 1997 brachte Argentinien an den Rand der Verzweiflung. Der Zufluss von Auslandskapital war das unentbehrliche Schmiermittel für das Funktionieren der Wirtschaft gewesen. Mit dem Rückzug dieses Kapitals fiel das Bruttosozial-

produkt, die Arbeitslosigkeit kletterte auf 18% und es kam zu einer Welle von Protesten und Forderungen.

Die nun im neuen Argentinien offenkundig aufgetretenen Probleme sollten nicht mehr verschwinden. Es handelte sich nicht nur um die so genannten "sozialen Kosten der Anpassungspolitik", also die "unvermeidbaren" Kosten, die man um den Preis der Modernisierung in Kauf nehmen musste, um das Land in die globalisierte Welt einzugliedern. Das Wachstum erreichte keine anhaltende Stabilität und anstelle der Modernisierung vollzog sich eine weitgehende Zerstörung der Produktionsstruktur. Der Industriesektor war insofern am stärksten betroffen, als seine internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge der (durch die Konvertibilität erzwungenen) Überbewertung der Währung und der hohen Kapital- (sehr hohe Zinsen, die gleichzeitig mit der Landesverschuldung anstiegen) und Dienstleistungskosten (Monopoltarife) schwand. Lediglich einige privilegierte Kreise, die monopolistische bzw. oligopolistische Bedingungen oder selektive Schutzmaßnahmen genossen, waren von dieser Entwicklung ausgenommen. Aber auch sie waren nicht dazu in der Lage, eine einigermaßen dynamische Wirtschaft in Gang zu bringen. Das Bruttoinlandsprodukt der zweiten Hälfte 1998 sank ab, Konsum und Investitionen gingen ebenfalls zurück. Die Maßnahmen zur Ankurbelung des Kapitalmarkts, wie beispielsweise die Schaffung von Rentenfonds und die Senkung der Kapitalbesteuerung, erzielten nur magere Resultate aus der Sicht der Investitionen. Die Staatsverschuldung wuchs ohne Unterlass. Als Menems Amtszeit 1999 endete, betrug die Schuld 160 Milliarden US-Dollar, doppelt so viel wie 1990. Die Haushaltskrise verschärfte sich und einige Provinzen gerieten förmlich an den Rand des Bankrotts.

Vor allem war nun der Staat endgültig zerstört. Genauso wie im Falle des Produktionsapparats vollzog sich auf staatlicher Ebene keine Modernisierung, keine Umwandlung des dirigistischen Staates in einen Staat, der sich die Regeln des neuen globalen Kapitalismus angeeignet hätte, sondern stattdessen schlichtweg seine Zerstörung. Infolge von Aushöhlung und Korruption verlor der Staat praktisch jede Fähigkeit zur Regulierung und Kontrolle.

## **5. Frustrationen II**

Dieses Panorama bot sich, als die zweite Amtszeit von Dr. Menem zu Ende ging. Zweifellos hatte sich eine strukturelle Revolution vollzogen. Die letzten ums Leben ringenden Reste des peronistischen Argentinien der Nachkriegszeit waren von einer neuen peronistischen Regierung zu Grabe getra-

gen worden. Was errichtete man aber an ihrer Stelle? Es ist schwer, hier von 'Errichten' zu sprechen, wenn man sich die brutalen Ergebnisse dieses Versuches vor Augen hält, eine Gesellschaft nach neoliberalen Muster zu schmieden, die den Anforderungen der globalisierten Welt entsprechen sollte.

Was war geschehen? Handelte es sich um das unausweichliche Ergebnis der Anwendung dieses Modells in einem Land, das verschuldet und abhängig am Rande der Welt lag? Dies ist die bevorzugte Erklärung derjenigen, die an der 'Alles oder Nichts'-These festhalten, d.h. der Idee verschrieben sind, dass im Rahmen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems keine Möglichkeiten für eine graduell abgeschwächte Form dessen bestehen, was man ehemals 'Entwicklung' nannte. Oder lag das Problem eher an 'technischen' Fehlern bzw. politischen Verdrehungen bei der Anwendung der Rezepte? Dies ist die Erklärung derjenigen, die behaupten, dass es nur einen einzigen richtigen Weg gibt, und zwar denjenigen, den die orthodoxen Vorstellungen des IWF und seiner Wirtschaftsexperten als Schlüssel zum Wachstum und zur Viabilität vorschreiben. Mich überzeugt keine dieser Erklärungen.

Ich beabsichtige nicht, einfache Antworten für eine Situation zu finden, die sicherlich mehrere Ursachen hat. Aber ich würde gerne eine dieser möglichen Ursachen im politischen Bereich näher untersuchen, nämlich die Frage danach, wie die Reform entschieden und umgesetzt wurde. Hierbei spielte die von der Regierung gewählte Vorgehensweise und der, laut Feststellungen von Novaro und Palermo (1996), dezisionistische Stil des Präsidenten Menem eine bedeutende Rolle.

Es gab sicherlich, wie wir bereits festgestellt haben, einen Ausgangspunkt, der außergewöhnliche Bedingungen schuf, nämlich die der Hyperinflation und der Unregierbarkeit, in der die Regierung Alfonsíns endete. Unter diesen krisenhaften Umständen war es für Menem relativ einfach, einen Regierungsstil einzuführen, der wenig Raum für öffentliche Diskussionen bot, die Ausübung persönlicher Autorität bevorzugte und die Gewalt auf die Exekutive konzentrierte. Wie sich herausstellte, war es allerdings schwieriger, diese Formel zu konsolidieren, als es zunächst den Anschein gehabt hatte. Trotz der Fähigkeit Menems, während der ersten Jahre die Autorität ausschließlich auf seine Person zu vereinen, waren die Beziehungen zum Parlament, selbst zum Partido Justicialista und sogar zur Gerichtsbarkeit, kompliziert. So kam es zu ständigem Gerangel, wodurch einerseits die Allmacht der exekutiven Gewalt eingedämmt wurde, andererseits keine

funktionstüchtigen institutionellen Konsultations-, Beratungs-, Entscheidungs- und Kontrollmechanismen verfügbar waren.

Der Präsident und sein Team nahmen ihre eigenen Initiativen zum Ausgangspunkt für die Reformen. Die bedeutendsten Maßnahmen entsprachen, wie wir bereits gesehen haben, den orthodoxen Vorstellungen des Neoliberalismus, die von internationalen Kreditorganisationen und den in diesem Augenblick fragten Wirtschaftsexperten und den Unternehmensgruppen angeregt worden waren. Es handelte sich im Wesentlichen um drastische Maßnahmen, die auf kurzfristige Effekte abzielten. Der Erfolg, der sich ab dem zweiten Jahr einstellte, während Cavallo das Amt des Wirtschaftsministers bekleidete, veranlasste die Regierung dazu, auf ihrer Methode zu beharren, die darin bestand, die Reformen den jeweiligen konjunkturbedingten Erfordernissen anzupassen. Dem lag die Annahme zugrunde, dass sich die Realwirtschaft durch die weitgehende Eindämmung der Inflation und die Finanzierung des Haushaltsdefizits von alleine und in der einzig möglichen Weise entfalten würde, indem sie nämlich den Marktgesetzen folgte.

In der Praxis griff die Regierung jedoch selbst unmittelbar in die Realwirtschaft ein, und dies nicht nur mit Hilfe ihres politischen Handelns. Angesichts des dezisionistischen Stils Menems und seiner klaren Präferenz für das Kapital waren direkte Verhandlungen zwischen ihm und Unternehmern an der Tagesordnung und machten die stärksten Gruppen der Wirtschafts- und Finanzwelt (mit ihren internationalen Verankerungen) zu bevorzugten Gesprächspartnern und Nutznießern. So entwickelte sich eine der öffentlichen Kontrolle entzogene Beziehung, die nicht nur die Regierungspolitik bestimmte, sondern auch Privilegien und Pfründe für private Gruppen erzeugte, von denen manche zu noch nie erlebtem Reichtum und Macht gelangten. Die Korruption war, in den Worten von Novaro und Palermo (1966: 508), "Teil der Reformergebnisse...".

Alle diese Vorgehensweisen waren alles andere als harmlos. Sie waren von entscheidender Bedeutung für die letztendliche Zerstörung der alten wirtschaftlichen Strukturen Argentiniens, aber sie boten keine alternativen Ansätze für eine stabilere Wirtschaft und Wachstum und erzeugten stattdessen "einen Reformprozess, der einen Zick-Zack-Kurs ohne sichtbares Ende verfolgt". Genau dies war bezeichnend für die Entwicklung nach 1995. Es sei hier nur eines hinzugefügt: Das Zick-Zack verlief in einer absteigenden Spirale, die sich ab 1997 zusehends verschlimmerte, als die Regierung in einem kritischen Augenblick die Verschuldung vergrößerte, um ihre Ausgaben aufrechterhalten zu können. Diese nahmen ihrerseits in geradezu pervers-



ser Form zu. Während der Staatsapparat in seiner Regulierungs- und Kontrollfunktion Anpassungen unterworfen wurde, vergrößerten sich sowohl auf Ebene der Provinzen wie der Nation die Ausgaben, die der Aufrechterhaltung von klientelistischen Netzwerken und privilegierten Anhängern dienten. Während die Realwirtschaft sich in einer Rezession befand und das Steuersystem stark auf die Konsumsteuern zugeschnitten war, suchte die Regierung den Ausweg in zunehmender Verschuldung.

In dem Maße, wie die Entscheidungen zentralisiert waren, gab es keine institutionellen Mechanismen, die die Suche nach anderen als den von der Exekutive angebotenen Lösungsvorschlägen trotz Widerständen und Hindernissen angeregt hätten. Die wichtigsten politischen und korporativen Kräfte waren sich darin einig, auf die Lösung, die die neoliberalen Propheten anboten, zu setzen, und schlossen sich der allgemeinen Erfolgsstimmung an, die die Argentinier während der ersten Hälfte der neunziger Jahre erfasst hatte. Erst als der Abgrund sichtbar wurde, mehrten sich die Kritiken. Zu diesem Zeitpunkt waren angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Machtkonzentration die politischen Handlungsspielräume für Einflussnahme auf die Märkte immer kleiner geworden. Wenn wir außerdem noch bedenken, dass der Staat aufgrund seiner Aushöhlung und der Korruption in seiner Handlungsfähigkeit praktisch gelähmt war, können wir sehen, dass die Möglichkeiten, den Wandel zu beeinflussen, systematisch schrumpften.

## **6. Keine Illusionen**

So erreichte man das Jahr 1999, in dem Präsidentschaftswahlen stattfanden und ein guter Teil des Parlaments neu besetzt wurde. Die neue Etappe wurde mit einer optimistischen Note eröffnet, nämlich dem Wechsel der Präsidentschaft. Zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte übergab ein peronistischer Präsident das Mandat einem Wahlsieger, der einer anderen Partei angehörte und aus sauberen Wahlen hervorgegangen war. Die Demokratie hatte einen Punkt gemacht. Eine weitere Neuigkeit bestand darin, dass sich eine Formel durchgesetzt hatte, die aus einer Allianz der traditionellen UCR mit der neuen Partei FREPASO bestand. Die Erwartungen der Bevölkerung waren jedoch bescheiden. Man gab sich keiner neuen "Illusion" hin. Es kam lediglich Erleichterung über das Ende der Ära Menem auf, man setzte auf einen Stil- und Formwechsel und nährte die schwache Hoffnung auf eine wirtschaftliche Erholung sowie auf die Beseitigung von Korruptionspraktiken und besonders brutalen Aspekten sozialer Schutzlosigkeit.

Aber selbst diese bescheidenen Erwartungen wurden von der neuen Allianz-Regierung vollständig enttäuscht. Argentinien setzte seinen freien Fall in einer immer steileren Rezessionsspirale fort. Innerhalb von zwei Jahren wuchs die Verschuldung, fiel das Bruttosozialprodukt und nahm die Arbeitslosigkeit und Armut sozial schier unerträgliche Ausmaße an. Das Land bewegte sich im Rhythmus der Finanzmärkte, während die Abhängigkeit von den weltweiten Kapital- und Machtzentren groteske Züge annahm. Wenn auch Menems dezisionistischer Stil überwunden war, bedeutete dies weder die Etablierung von transparenteren Mechanismen institutioneller Entscheidungsfindung noch die Auflösung von korrupten Praktiken innerhalb und außerhalb des Staates. Dieser war schließlich vollständig paralysiert.

Diese Situation lässt sich allerdings nicht einfach aus der Vergangenheit, in der Menem am Ruder war bzw. dem Vermächtnis, das er hinterlassen hat, erklären. Die Entscheidungsspielräume für die neue Regierung waren zweifellos sehr eng, aber sie waren doch vorhanden. Statt sie zu nutzen oder neue Handlungsspielräume zu schaffen, beseitigte die neue Regierung (mit allen ihren Teilen, aber insbesondere der Exekutive) die wenigen noch verbliebenen Freiheitsräume, strauchelte, traf eine politische Fehlentscheidung nach der anderen und demonstrierte eine Regierungsunfähigkeit, die die gegenwärtige Krise herbeiführte.

Von Anfang an vergeudete die Alianza ihr politisches Startkapital, das trotz seiner Bescheidenheit Spielraum für wenigstens einige wenige Veränderungsversuche geboten hätte: jene im Wahlkampf versprochenen, die den Kampf gegen die staatliche Korruption, die Verteidigung der republikanischen Institutionalität und die Reform des politischen Lebens betrafen; die dringlichsten Maßnahmen im Hinblick auf die Prinzipien, die die Mitglieder der Allianz teilten und welche mit der gravierenden sozialen Situation verknüpft waren. Um in diesen beiden Bereichen tätig zu werden, war es allerdings nötig, Interessen zu beeinträchtigen, nämlich die Interessen derjenigen, die im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich Reichtum, Vorrechte und Pfründe angehäuft hatten. Aber genau dies unterließ die Regierung, schlimmer noch, sie unternahm nicht einmal einen Versuch in diese Richtung.

Im wirtschaftlichen Sektor setzte man auf orthodoxe Methoden. Zunächst suchte man der 1997 entstandenen Krise mit Korrektivmaßnahmen zu begegnen, welche die Finanzmärkte beruhigen und die Produktion stimulieren sollten. Als aber dieser Versuch aufgrund der beständigen Wettbewerbschwäche der argentinischen Wirtschaft sowie der Schwierigkeiten, angesichts großer Verschuldung, Haushaltskrise und politischer Schwäche aus-

ländisches Kapital anzuziehen, scheiterte, griff die Regierung auf die Anpassung zurück. Auf diese Weise versetzte sie nicht nur einmal mehr den besonders schwachen Sektoren einen Hieb – gemeint sind hier Lohnempfänger und Rentner – sondern sie verschärfte die Rezession, wodurch Konsum und Produktion noch weiter zurückgingen und die Arbeitslosigkeit stieg. Das Problem des Haushaltsdefizits wurde dadurch jedoch nicht beseitigt und die Abhängigkeit vom Finanzmarkt geriet an die Grenzen des Erträglichen.

Im politisch institutionellen Bereich lagen die Dinge ähnlich. Der Regierung mangelte es an Initiative, um Veränderungen ins Auge zu fassen geschweige denn bestehende Interessen zu schädigen. Zwar unternahm sie einige schüchterne Versuche gegen den einen oder anderen Korruptionsfall, gab dies bei ersten Anzeichen des Widerstandes aber sofort auf und verlor sich stattdessen in Zweideutigkeiten, die bald als typisches Merkmal des Präsidenten De La Rúa gelten sollten. Es kam zu nicht endenden Konflikten im eigenen Lager der Allianz (innerhalb der UCR, zwischen UCR und der Frente, innerhalb der Frente ...), die der Regierung Kraft raubten, die fortschrittlicheren Sektoren im Lager der Koalition neutralisierten, den Präsidenten mit seinem unmittelbaren Umfeld isolierten und paradoxerweise dazu führten, dass sich immer mehr Entscheidungsmacht auf eine zusehends isolierte Führungsriege konzentrierte. Wichtige Sektoren in beiden Parteien und ihre bedeutendsten Figuren wurden so zu internen Gegnern, zu Widersachern der Regierung, die zugleich außerstande waren, Alternativen aufzuzeigen, Projekte zu entwerfen oder durchzuführen. Währenddessen verteidigte der Peronismus, der über wichtige Machtpfründe auf Landesebene und vor allem in den Provinzen verfügte, diese mit Zähnen und Klauen, ohne seinerseits Vorschläge für Veränderungen anzubieten.

Der Staat wurde mehr und mehr zurückgestutzt und immer unnützer, was nicht nur an den Haushalts- und Gehaltskürzungen und anderen Anpassungsmaßnahmen lag, sondern auch darin begründet war, dass Parteifraktionen den Staat belagerten, die größeres Interesse daran hatten, sich im Kampf um ihre Anteile aus der mageren Staatskasse gegeneinander aufzureiben, als die ihnen zugeteilten Aufgaben wahrzunehmen. Ohne Staat und ohne Politiker, die sich ums Regieren kümmerten, war das Land den Kräften der *de facto* Machthaber und besonders des Finanzkapitals, das sich selbst zum Schiedsrichter über das Schicksal Argentiniens erhoben hatte, ausgeliefert. Die internationale Beteiligung an diesem Kapital zog den Verlust des kleinen Rests an Autonomie nach sich, den das Land unter der Präsidentschaft von Menem noch hatte bewahren können.

In dieser Situation kam es zu den verzweifelten Maßnahmen Cavallos, die eine isolierte, willkürliche und unfähige Exekutive bloßstellten. Argentinien wurde explosionsartig von Protestwellen der unterschiedlichsten sozialen Sektoren erfasst. Zugleich blieb die Regierung der Allianz vollkommen isoliert und fristete ihre letzten Tage in der schlimmsten vorstellbaren Weise, die jemandem widerfahren kann, der gewählt wurde, um den Willen des Volkes zu repräsentieren (und zu "produzieren"): Infolge der Mobilisierungsmaßnahmen und Proteste büßte sie die gesamte ihr einmal verliehene Autorität ein.

So komme ich zum Ende dieses selektiven Rückblicks auf die jüngste Geschichte der argentinischen Demokratie. Die den geschilderten Entwicklungen folgenden Ereignisse liegen noch zu kurz zurück, um sich darüber bereits ein Urteil erlauben zu können. Es hat viele tiefgreifende Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Argentiniens gegeben. Aber wir befinden uns im Abseits und stehen vor dem Ruin. Die Transformationen haben uns nicht zu einem stabilen und zukunftsfähigen Wachstumsmodell (und noch viel weniger zu einem entsprechenden Verteilungsmechanismus) verholfen. Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht und die Abhängigkeit von den Finanzmärkten und den Ländern des Zentrums, besonders den USA, werden immer größer. Der Staat hingegen ist zerstört und die politischen Entscheidungsspielräume der Regierungen werden immer kleiner.

Und was ist von der Nation geblieben? Die Nation, die als politische Gemeinschaft errichtet wurde und im Laufe ihrer kontroversen Geschichte das eine oder andere Identitätsmerkmal in gemeinsam begründeten Werten verankerte, ist nun in der Auflösung begriffen. Ein Großteil der Grundlagen, auf denen man im Laufe mehrerer Jahrzehnte einige dieser kollektiven Identitätsmerkmale, die das moderne Argentinien definieren, errichtet hatte, ist zerstört. Die soziale Integration, ein Wert, der in unterschiedlichen Varianten die verschiedenen Hegemonieprojekte über ein Jahrhundert lang prägte, ist aus dem Erwartungshorizont verschwunden. Wenn auch die soziale Ungleichheit mit unterschiedlicher Intensität integraler Bestandteil dieser stets am westlichen Kapitalismus orientierten Projekte war, so gab es doch auch immer verschiedene Inklusionsmechanismen, die gedachte und wirkliche Räume der Integration eröffneten. Heute hingegen wächst nicht nur tagtäglich die Polarisierung und Marginalität, die Arbeitslosigkeit und Armut, auch haben die Wirklichkeiten, die durch diese Phänomene zum Ausdruck gebracht, erzeugt und reproduziert werden, im sozialen Netz riesige Risse er-

zeugt und jegliches Streben nach einer gemeinsamen Zukunft zerstört. Für die Mehrheit lässt diese Ordnung der Dinge in der Zukunft nichts anderes als ein Fortbestehen dieses Zustandes vermuten. Die Minderheit genießt unterdessen ihre Privilegien und hat sich von jeglichem Hegemoniestreben gelöst (ohne aber den Herrschaftsanspruch aufzugeben).

Unter diesen Bedingungen entfaltet sich gegenwärtig unsere Demokratie. José Nun hat vom "lateinamerikanischen Paradoxon" gesprochen. Im Unterschied zu den erfolgreichen, heute reichen Nationen des Nordens, in denen sich die repräsentative Demokratie begleitet von einem allgemeinen Wohlstandsaufschwung der Bevölkerung ausdehnte, trachtet man in unseren Ländern danach, dieses Ziel unter Bedingungen zu erreichen, "wo soziale Akkumulationssysteme [...] die Marginalität und Ausgrenzung fördern, während die Staaten sich verkleinern und unfähig sind, der Krise [...] zu begegnen" (Nun 2000: 151). Aber in Argentinien war dieser "Kontext" nicht unabhängig von der Form, in der sich der Übergang zur Demokratie vollzog: Es waren nicht zwei parallel nebeneinander verlaufende, sondern eng miteinander verwobene Phänomene. Die Regierungen Alfonsín, Menem und De la Rúa trafen, wie wir gesehen haben, Entscheidungen und entschieden sich für politische Optionen, die zur gegenwärtigen Krise beigetragen haben.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass diese real existierende Demokratie die Existenzbedingungen der repräsentativen Demokratie als politischer Organisationsform unterwandert hat. Und dies erklärt sich nicht nur dadurch, dass, wie Nun andeutet, die Art und Weise, "in der sie sich hier als gangbar darstellt, mit jedem Tag für große Bevölkerungsanteile zunehmend unattraktiver erscheint" (Nun 2000: 153). Das noch ernstere Problem liegt vielleicht darin, dass die Geltung der zivilen, politischen und sozialen Freiheiten und Rechte, auf denen unsere repräsentative Republik und später unsere Demokratie gegründet wurde, nicht nur in Beziehung zu den Merkmalen des politischen Regimes, sondern auch zu denen des Staats und des allgemeinen sozialen Kontexts steht (O'Donnell 2000). Mit der Auflösung des Staates, der Zerstörung des sozialen Gewebes, dem Verlust der nationalen Autonomie und der Verwischung der politischen Sphäre als Ort der Formulierung kollektiver Projekte sind die Fundamente selbst, auf denen die repräsentative Demokratie ruht, zerstört. So verschwimmt die Demokratie sowohl als Sinnhorizont der politischen Gemeinschaft wie auch als gemeinsam getragene nationale Illusion. Wenn auch die autoritären Bedrohungen, die so typisch für andere Epochen waren, verschwunden sind, so hat sich in

unserer hoffnungslosen Gegenwart die Aussicht auf eine neue Agonie, die einer kaum in der Entstehung begriffenen Demokratie, breitgemacht.

### Literaturverzeichnis

- Canitrot, Adolfo (1991): "Programas de ajuste y estrategias políticas: Las experiencias recientes de la Argentina y Bolivia: un comentario". In: *Desarrollo Económico*, Nr. 121, S. 125-133.
- Gómez, José María (1989): "Eclipse de la memoria, política del olvido: la cuestión de los derechos humanos en una democracia no consolidada". In: *Punto de Vista*, Nr. 36, S. 1-7.
- Halperín Donghi, Tulio (1994): *La larga agonía de la Argentina peronista*. Buenos Aires: Ariel.
- Nun, José (2000): *Democracia. ¿Gobierno del pueblo o gobierno de los políticos?* Buenos Aires: FCE.
- O'Donnell, Guillermo (2000): "Teoría democrática y política comparada". In: *Desarrollo Económico*, Nr. 156, S. 519-570.
- Palermo, Vicente (1990): "Programas de ajuste y estrategias políticas: Las experiencias recientes de la Argentina y Bolivia". In: *Desarrollo Económico*, Nr. 119, S. 333-366.
- Palermo, Vicente/Novaro, Marcos (1996): *Política y poder en el gobierno de Menem*. Buenos Aires: Ed. Norma.
- Romero, Luis Alberto (1994): *Breve historia de la Argentina contemporánea*. Buenos Aires: FCE.
- Sabato, Hilda (1994): "Historia reciente y memoria colectiva". In: *Punto de Vista*, Nr. 49, S. 30-34.